

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 20.01.2026 10:29
Aktenzahl: PGL-103690-2026-KVP/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 7.3

Frau
amtsführende Stadträtin
der Geschäftsgruppe
Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Vizebürgermeisterin
Mag. Bettina Emmerling, MSc

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Harald Zierfuß (ÖVP) und Hannes Taborsky (ÖVP) an Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte Vizebürgermeisterin Mag. Bettina Emmerling, MSc zu Post Nr. 7 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 20.01.2026.

Hände weg vom Jobticket für Junglehrer in Wiens Pflichtschulen

Mit der von SPÖ und Neos geplanten Einschränkung des Anspruchs auf Kostenersatz für das Jobticket von Landeslehrerinnen und Landeslehrer in Wiens Pflichtschulen wird der eigentliche Sinn dieser Maßnahme ad absurdum geführt. Demnach soll der Kostenersatz ab 1.1.2026 für Landeslehrer erst ab einer Dauer des Dienstverhältnisses von länger als 30 Monate bestehen. Ursprünglich war diese Maßnahme von SPÖ und Neos nur für Magistratsbeamte vorgesehen, „um Anreize zur Gewinnung neuer und Bindung bestehender Mitarbeiter“ zu setzen. Erst auf vehementen Druck der FCG-Personalvertretung und Wiener Volkspartei wurde das kostenfreie Jobticket auch auf Wiens Landeslehrer ausgeweitet, wiewohl sich die Wiener Stadtregierung zuerst als Arbeitgeberin für ihre eigenen Pflichtschullehrer nicht zuständig fühlen wollte.

Gerade angesichts des nach wie vor herausfordernden Lehrermangels sowie den

massiven Herausforderungen und schwierigen Bedingungen an Wiens Pflichtschulen war eine aktive Wertschätzungsmaßnahme der Stadtregierung für Wiens Landeslehrerinnen und Landeslehrer längst überfällig. Schließlich leisten unsere Pädagoginnen und Pädagogen vom ersten Tag an eine großartige Arbeit, die auch eine entsprechende Anerkennung und Wertschätzung dieser Stadt als Arbeitgeberin verdient hat.

Mit der nun geplanten Einschränkung dieser Maßnahme auf Landeslehrer, die bereits länger als zweieinhalb Jahre in einem Dienstverhältnis mit der Stadt stehen, wird der Anreiz zur Gewinnung neuer Pädagogen in Wiens Pflichtschulbereich vernichtet. Nicht umsonst müssen in Wiens Pflichtschulen immer mehr Studenten mit Sondervertrag unterrichten, da fertige Pflichtschullehrer in die Bundesländer abwandern.

Wie immer sparen die Neos hier erneut am falschen Ort. Während Millionen an Fördermittel unkontrolliert in dubiose Kindergartenträgervereine oder Gesamtvertragseinrichtungen der MA 11 zur Vollen Erziehung von Kindern und Jugendlichen fließen, werden Junglehrerinnen und -lehrer in Wien erneut vor den Kopf gestoßen. Die Wiener Volkspartei fordert deshalb „Hände weg“ vom Jobticket für Junglehrerinnen und Junglehrer in Wiens Pflichtschulen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Beibehaltung des Kostenersatzes für das Jobticket für Wiens Landeslehrerinnen und Landeslehrer ab Tag 1 des Dienstverhältnisses aus. Die zuständige amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte wird aufgefordert, von dieser Einschränkung der Anspruchsvoraussetzungen abzusehen und damit das Poststück von der Tagesordnung zu streichen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 20.01.2026

Unterzeichner*innen:

Hannes Taborsky (ÖVP); Harald Zierfuß (ÖVP)